

FDP im Rat der Stadt Bielefeld • Altes Rathaus
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld

Vorsitz des Rates der Stadt Bielefeld

Herr Oberbürgermeister Clausen

Bielefeld, den 2. Mai 2023

Personalkosten bremsen – Verantwortungsvolle Haushaltspolitik für Bielefeld
Antrag der FDP-Fraktion zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 11.05.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Clausen,

zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 11.05.2023 stellt die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt den Stellenzuwachs in der Stadtverwaltung zu stoppen. Folgende Punkte werden dazu verbindlich umgesetzt:

1. Für neue VZÄ-Stellen (ohne übergeordnete Förderung) werden in der entsprechenden Beschlussvorlage die Streichung von VZÄ-Stellen in gleicher Anzahl beschlossen. Die wegfallenden Stellen kann die Verwaltung aus allen Bereichen der Stadtverwaltung vorschlagen. Wenn die Stellen nicht sofort entfallen können, können die wegfallenden Stellen mit einem „kw“ Vermerk versehen werden.
2. Für jede neue VZÄ-Stelle mit anteiliger übergeordneter Förderung ist in der Beschlussvorlage der städtische Finanzierungsanteil entsprechend der Quote mit einem Einsparungsvorschlag zu versehen (z.B. 0,7 Anteil wird gefördert, dann sind 0,3 Stellen an anderer Stelle zu streichen).
3. Wenn die Förderung ausläuft und die genehmigten Stellen nicht mit einem „kw“ Vermerk versehen sind, dann legt die Verwaltung einen entsprechenden Stelleneinsparungsvorschlag im vorausgehenden Haushaltsjahr der auslaufenden Förderung vor.
4. Falls für bisherige „kw“ Stellen der Vermerk „kw“ per Beschluss entfallen sollen, dann ist das gleiche Verfahren wie unter 1., 2. & 3. durchzuführen
5. Zur Umsetzung der Vorschläge erarbeitet die Verwaltung ein Konzept zur Aufgabenreduktion und Personalentwicklung. Das Konzept soll auch die offenen Stellen und die Stellen absehbar ausscheidender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt priorisieren. Ziel ist eine bedarfsgerechte Priorisierung freiwilliger Leistungen, sowie die Berücksichtigung von Effizienzgewinnen durch Nutzung der Digitalisierung etwa im Bereich der Sachbearbeitung.

Begründung

Zwischen den Jahren 2018 und 2023 ist die Anzahl der Stellen der Stadt Bielefeld bereits von 4606,7 auf 5666,4 gestiegen und hat sich somit um 23% erhöht. Um das strukturelle Haushaltsdefizit nicht weiter zu verstärken und eine nachhaltige Finanzplanung der Stadt zu garantieren, ist es essenziell, den geplanten Stellenzuwachs zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Jessica Bremes
Geschäftsführerin der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld